

matik der gerade auch von Sozialisten entwickelten Arbeitsbeschaffungsprogramme, die mit Hilfe der Kreditschöpfung und impliziter neuer Lenkungsinstrumente gegen private Verwertungsinteressen das normative Gerüst des bisherigen Ordnungsdenkens grundsätzlich in Frage stellten, hat Habedank offenbar nicht so recht übersehen. Er erwähnt zwar den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD als »einziges konstruktives Programm« (S. 248), doch dazu werden keine weiteren Präzisierungen geliefert.

Die Untersuchung basiert auf einer vagen Monopolgruppentheorie, die über Gossweilers mehr als zehn Jahre alte Arbeit nicht hinausgelangt. Zu weit führen würde eine genauere Betrachtung dieses theoretischen Modells, das für zahlreiche marxistisch-leninistische Wissenschaftler offenbar ein für allemal festgeschrieben zu sein scheint und nach dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand jeweils nur noch eindimensional verlängert zu werden braucht. So entsteht der Eindruck, daß nicht mehr logisch-diskursiv, sondern nur noch assoziativ argumentiert wird. Entsprechende Widersprüche sind dann auch nicht erstaunlich: Je nach dem Diskussionszusammenhang hatte es die Reichsbank unter Schacht für Habedank so einmal auf die Liquidation zahlungsunfähiger Konzerne abgesehen, ein paar Seiten später hielt sie dagegen die Verhinderung der Bankrotte dieser Konzerne für ein Gebot nationaler Politik (S. 121, 124). Das gleiche gilt für die analytische Bewertung der Inflation, die von den deutschen »Finanzkapitalisten« einmal »angesteuert« wurde, deren Überwindung aus außenwirtschaftlichen Gründen andererseits für unmöglich gehalten wurde (S. 37, 76).

Für die Bearbeitung dieses Themas wären wohl einige genauere Kenntnisse der Politischen Ökonomie des Kapitalismus nötig gewesen. Jedoch bietet die Arbeit sehr viele interessante Zitate, die einen Eindruck von der internen Diskussion der Reichsbank geben können, auch wenn die nur kryptischen Fundortverweise keine Rückschlüsse auf den systematischen Zusammenhang zulassen.

Claus-Dieter Krohn

Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Verlag F. Schöningh, Paderborn 1981, 181 S., kart., 23 DM.

In diesem Paperback werden auf ca. 180 Seiten insgesamt 7 Einzelbeiträge und eine Einleitung (Wette) vorgestellt, die ein illustratives Bild des Pazifismus der Weimarer Republik bieten. Die Beiträge sind in Verbindung mit einem 1977 gegründeten Arbeitskreis für historische Friedensforschung entstanden, der sich mit dieser Publikation erstmals der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorstellt. Wichtigster Anreger des Arbeitskreises dürfte Karl Holl sein, der wohl auch für die Schwerpunktsetzung auf den Bereich des bürgerlichen Pazifismus verantwortlich zeichnet. Holl hat sich ja als Historiker des Linksliberalismus und des bürgerlichen Pazifismus einen Namen gemacht.

Etwa die Hälfte der Aufsätze entstammt laufenden oder soeben abgeschlossenen Dissertationsprojekten, woraus man den Schluß ziehen könnte, die Geschichte des Pazifismus sei nun endlich im akademischen Bereich heimisch geworden. Der vorliegende Band belegt durch die Lücken, die er aufzeigt, eher das Gegenteil. Forschungen zum Pazifismus sind auch heute seltene Ausnahmerecheinungen in der historischen Zunft. Darf man dies mit der Marginalität des organisierten Pazifismus und seinem schwindenden Einfluß gegen Ende der 20er Jahre erklären? Die Massendemonstrationen der Nie-wieder-Krieg-Bewegung belegen das Gegenteil, brachten sie in den Jahren 1920 bis 1924 doch jeweils zum 1. August bis zu 500 000 Demonstranten auf die Straße (S. 59). Des weiteren gehört es zu den wichtigsten Erfolgen des damaligen Pazifismus, die Phase der Entspannung in Europa (in der Mittelphase der Republik) atmosphärisch vorbereitet zu haben. Höhepunkt dieses Einflusses war zweifellos der Abschluß des Kriegsächtungspaktes von Briand und Kellogg (1928), der den allgemein in

Europa vorherrschenden Pazifismus in ein konkretes völkerrechtliches Bett zu leiten suchte. Der pazifistische Einfluß der Zwischenkriegszeit darf also nicht zu gering veranschlagt werden. Ein hervorstechendes Kennzeichen war jedoch seine Zerrissenheit.

Der Vorzug des Bandes liegt zweifellos in der Breite seiner Anlage, die das diffuse Spektrum des Pazifismus für den gesamten Zeitraum (1918—1933) abzudecken sucht. Nach einer Einleitung von *Wolfram Wette* (»Probleme des Pazifismus in der Zwischenkriegszeit«) folgen vier Beiträge über einzelne Richtungen des organisierten Pazifismus: *Helmut Donat* (»Die radikalpazifistische Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft [1918—1933]«) stellt die Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage und den Versailler Vertrag in den Mittelpunkt seiner Abhandlung. Entlang dieser Fragestellung spaltete sich die DFG in eine gemäßigte Richtung um Quidde, Schücking und Wehberg, deren Ziele vor allem völkerrechtliche Reformen zum Zwecke der Kriegsverhinderung darstellten. Im Sinne eines erstrebten, die Nationen übergreifenden Pazifismus lehnten sie die deutsche Alleinkriegsschuld ab. Außerdem hofften sie durch Rücksichtnahme auf nationale Gefühle ihren Einfluß als Völkerrechtsexperten auf die offizielle deutsche Politik nicht zu verlieren. Daß die radikalpazifistische Richtung um die Zeitschrift »Das Andere Deutschland« schließlich die Führung übernahm, kann insofern nicht überraschen, als sie durch die Akzeptierung der deutschen Alleinschuld ein klareres innenpolitisches Feindbild und damit den aktiven Mitgliedern konkretere Agitationsmittel und -hilfen an die Hand gab. Demgegenüber bot der abstrakte Völkerrechtspazifismus à la Quidde der handlungsbereiten Basis nicht genügende Aktionsmöglichkeiten.

In einem informativen Beitrag über die Massenmobilisierung der Anfangsjahre der Republik durch die »Nie-wieder-Krieg-Bewegung« von *Reinhold Lütgemeier-Davin* kommt auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ins Bild, die bis 1924 diese Demonstrationen (zum 1. August) aktiv mitgetragen hat. Detailliert und materialreich werden die jährlichen Antikriegstage geschildert bis hin zum Auseinanderfallen der Bewegung. Dabei läßt sich eine interessante Periodisierung erkennen: Bis 1924 kam es zu sehr starken Demonstrationen am 1. 8., als das Kriegserlebnis noch frisch, die aktuelle Krisenerfahrung präsent und die Unterstützung durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung noch stark war. Die relativ erfolgreiche Politik der Entspannung in der Mittelphase ließ »die Bewegung abbröckeln, während die Radikalisierung ab 1929 zu einem völligen Einflußverlust nicht unwesentlich beitrug«. Die Spannweite und von den aktuellen Problemen der Republik abgehobene Denkweise kleinerer pazifistischer Gruppierungen belegt ein Beitrag von *Guido Grünewald* über die radikalen Kriegsdienstgegner. Demgegenüber kommt dem Aufsatz von *Dieter Riesenberger* über den Friedensbund deutscher Katholiken besondere Bedeutung zu. Er stellt aufgrund neuerer Forschungen die in offiziellen Zentrumsdarstellungen fast nicht beachtete Rolle Matthias Erzbergers bei der Gründung und Leitung dieses katholischen Zweiges der pazifistischen Bewegung heraus. Gleichzeitig weist er nach, daß auch in den späteren Jahren der Republik enge Beziehungen zwischen dem Friedensbund und wichtigen Vertretern des Episkopats und der Zentrumspartei bestanden. Auch von dieser katholischen Seite sind wichtige Impulse für die Entspannungspolitik der Mittelphase der Weimarer Republik ausgegangen. Hier besitzt die aktuelle katholische Friedensbewegung Traditionsschätze, die noch nicht ausreichend ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht worden sind.

Ein Beitrag von *Franz Josef Lersch* stellt die zu vergleichende Leistung eines einzelnen Wissenschaftlers und Publizisten, nämlich E. J. Gumbels, heraus, der durch die überaus gründliche und unerschrockene Erforschung der politischen Gewalt und politischen Justiz sehr viel für die Aufhellung des Meinungsklimas der Weimarer Republik geleistet hat.

Abgeschlossen wird der Band durch zwei Aufsätze der Herausgeber. *Holl* schildert in dankenswerter Klarheit die Gegensätze innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei, die sowohl wichtige Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft (etwa ein Viertel), wie Quidde und Schücking, als auch den für die Konzeption der angeblich »unpolitischen« Reichswehr

mitverantwortlichen Reichswehrminister Geßler zu ihren Mitgliedern zählte. Die von der DDP geforderte, aber von Geßler an führender Stelle verhinderte »Republikanisierung« der Reichswehr kennzeichnet besonders die »Konzeptionslosigkeit« und »Bewegungsunfähigkeit« der praktischen DDP-Politik. Innere Zerrissenheit und Profillosigkeit haben daher nicht unwesentlich zum Niedergang des Linksliberalismus beigetragen.

Wettes abschließender Beitrag gewinnt gerade durch die Verbindung von Völkerrecht und öffentlicher Meinung grundsätzliche Bedeutung. Er illustriert die illusionären Hoffnungen der Urheber des Kriegsächtungspaktes, die ihr Vertragswerk vor allem auf die Massenwirksamkeit der Kriegsächtungsidee gebaut hatten. Die 1929/30 einsetzende Wende zum Nationalismus und zur Remilitarisierung des Denkens in der Weimarer Republik, die ja auch die bürgerlichen Mittelparteien erfaßte, machte die Wirkung des Briand-Kellogg-Paktes in Deutschland weitgehend zunichte und belegt somit, daß Frieden oder Krieg auch von denjenigen abhängen, die öffentliche Meinung »machen«.

Wenn man diesen Band als gelungenen Start des Arbeitskreises für historische Friedensforschung wertet, so muß jedoch auch angemerkt werden, daß eine kritische Würdigung des proletarischen Pazifismus bisher noch fehlt.

Friedhelm Boll

Wolfgang Ferner, *Das Deuxième Bureau der französischen Armee. Subsidiäres Überwachungsorgan der Reichswehr 1919—1923* (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 177), Verlag Peter Lang, Frankfurt/Bern 1982, 497 S., kart., sF 81,—.

Zwar ist den einschlägigen Klischees auf diesem Feld mit äußerster Vorsicht zu begegnen, aber ganz leugnen läßt sich der Einfluß von geheimen Nachrichtendiensten auf die Entscheidungsprozesse in den politischen Systemen der Gegenwart wahrlich nicht. Insofern hier wildes Spekulieren vorherrscht, sind empirisch gesättigte Beiträge, die zu kritisch-nüchterner Betrachtung einladen, besonders zu begrüßen. Ein solcher Beitrag zur Versachlichung, zunächst aber sogar erst einmal zur Erhellung der Debatte über die Arbeit geheimer Nachrichtendienste sollte auch die umfangreiche Studie von Ferner werden; diese Absicht konnte nur halb verwirklicht werden. Am wenigsten liegt das an der Themenstellung, zu deren Bearbeitung dem Autor die zwar lückenhaften, aber auch sehr aufschlußreichen Berichte des »Deuxième Bureau de l'Armée Française du Rhin« für den Berichtszeitraum zur Verfügung standen, die »Bulletins de renseignements« und die »Rapports mensuels«. Ferner gliedert seine Arbeit in drei Teile. Zunächst beschreibt er (auf knapp 100 Seiten) die Bedeutung und die Arbeit der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission, die der Versailler Vertrag einführte. Der zweite Teil beschreibt (auf etwas mehr als 100 Seiten) das Organisationsgeflecht und die Arbeit der französischen Nachrichtendienste zwischen den beiden Weltkriegen. Im mehr als doppelt so umfangreichen dritten Teil werden dann die Erkenntnisse des militärischen geheimen Nachrichtendienstes Frankreichs zwischen 1919 und 1923 ausführlich vorgestellt.

Diese Materialaufbereitung ist gewiß recht mühevoll gewesen; auch die Durcharbeitung ihrer Ergebnisse geht im übrigen nicht ohne Ächzen und Stöhnen ab. Ein wenig überraschend ist, daß sich Ferner immer noch stark auf ältere Arbeiten über die Reichswehr stützt und jüngere Veröffentlichungen wie z. B. die Quellenpublikationen von Deist und Hürten oder die Studien von Hansen oder Geyer nicht rezipiert hat.

Indes liegt die Problematik der Studie an anderer Stelle. Immer da nämlich, wo Ferner eingehend Einzelereignisse beschreibt, ist er in seinem Element. Muß er hingegen allgemeinere Aussagen treffen oder seine Einzelergebnisse in einen systematischen Wechselbezug bringen, wird sein Text diffus und werden seine Argumentationen widersprüchlich. In der Einleitung heißt es von der Arbeit des militärischen Nachrichtendienstes, sie könne als Beispiel dafür angesehen werden, »daß die politische Ignorierung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse bei